

NDB-Artikel

Remer, Otto Ernst General, Politiker und Publizist, * 18.8.1912
Neubrandenburg (Mecklenburg), † 4.10.1997 Marbella (Malaga).

Genealogie

V N. N., Justizinsp.;

M N. N.;

• Marga v. Blaes (* 1912);

3 K.

Leben

R. trat im April 1933 als Fahnenjunker in das Kolberger Infanterie-Rgt. Nr. 4 ein und nahm seit 1939 am Krieg teil. Seit April 1942 kommandierte er (1943 Major) ein Grenadierbataillon der Infanteriedivision (mot.) Großdeutschland, seit Mai 1944 das Wachbataillon Großdeutschland in Berlin. In dieser Funktion war R. an der Vereitelung des Umsturzplans vom 20. Juli 1944 beteiligt, als er nach dessen Scheitern seine Einheit zur Sicherung des Regierungsviertels gegen die Verschwörer einsetzte (1944 Oberst). Kurzzeitig Kampfkommandant des Führerhauptquartiers, nahm er als Befehlshaber der Führerbegleitbrigade an der Ardennenoffensive teil. Ende Jan. 1945 auf Betreiben →Hitlers zum Generalmajor befördert, erhielt R. das Kommando über die neu aufgestellte Führerbegleitdivision. Nach amerik. Kriegsgefangenschaft und brit. Internierung ließ er sich 1947 in Varel (Oldenburg) nieder und erlernte das Maurerhandwerk.

Der Träger zahlreicher militärischer Tapferkeitsauszeichnungen (u. a. Rr.kreuz z. Eichenlaub d. E. K., 1943) war zeitlebens unfähig, sich von der Bindung an nationalsozialistisches Gedankengut zu lösen. 1949 trat er in Veranstaltungen der „Gemeinschaft unabhängiger Deutscher“ auf, einer Vorläuferorganisation der rechtsextremistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), die er mitgründete und deren 2. Vorsitzender er im selben Jahr wurde. Als aggressiver Wahlredner mengte er seiner Polemik gegen Westintegration und Wiederbewaffnung immer wieder Diffamierungen seiner politischen Gegner bei. Dies brachte ihm mehrere Geld- und Gefängnisstrafen ein und 1959 den Entzug seiner Pension. Großes Aufsehen erregte ein Beleidigungsprozeß, den Bundesinnenminister →Robert Lehr (1883–1956) gegen R. anstrebte, nachdem dieser die Männer des 20. Juli als Landesverräter beschimpft hatte. Das Braunschweiger Landgericht verurteilte ihn im März 1952 zu einer dreimonatigen Haftstrafe, vor deren Verbüßung R. nach Ägypten floh. Der sog. „Remer-Prozeß“ trug entscheidend zur Verankerung des 20. Juli im Geschichtsbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland

bei. Nach dem Parteiverbot der SRP im Okt. 1952 trat R., der nun in einer Landmaschinenfabrik arbeitete, für drei Jahrzehnte politisch nicht mehr hervor, geriet allerdings weiterhin mit der Justiz in Konflikt, u. a. wegen Waffenhandels, Urkundenfälschung und Konkursbetrugs. In den 80er Jahren nahm R. als Gründer der „Dt. Freiheitsbewegung“ (1983) und als revisionistischer Publizist wieder Kontakt zu rechtsextremen Gruppen auf. 1985 abermals wegen Schmähung von Widerstandskämpfern verurteilt, wurde ihm erneut die 1974 gnadenthalber zuerkannte Pension entzogen. Im Okt. 1992 wurde R. aufgrund von Beiträgen in der von ihm herausgegebenen „Remer-Depesche“ vom Landgericht Schweinfurt wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt, der er sich 1994 durch Flucht nach Spanien entzog.

Werke

20. Juli 1944, 1951;

Verschwörung u. Verrat um Hitler, 1981;

Kriegshetze gegen Dtlid., 1989 (P).

Literatur

P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, 1969;

R. Wassermann, Zur Jurist. Bewertung d. 20. Juli, Der Braunschweiger Remer-Prozeß als Meilenstein d. Nachkriegsgesch., in: Recht u. Pol., 1984, H.2, S. 68-80;

E. Jesse, in: Jb. Extremismus u. Demokratie 6, 1994, S. 207-21;

N. Frei, Vergangenheitspol., 1996;

P. Stockert, Die Eichenlaubträger 1940-1945, 1997, S. 95 f. (P);

Bert Schulz, Die Reifeprüfung f. Karlsruhe, in: Das Parl. v. 21.10.2002 (P);

Munzinger.

Autor

Winfried Süß

Empfohlene Zitierweise

, „Remer, Ernst“, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 416-417 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
